

Stillhalten oder mitmachen? Wie Trumps Feldzug gegen links den Segen der deutschen Regierung zu bekommen droht

Jobst Paul¹

Abstract

Präsident Trump versucht seit mehr als einem Jahr, die Inhalte seines Memorandums NSPM-7 vom September 2025 und dessen Ausführungsbestimmungen diskursiv und institutionell zu internationalisieren. In dem Papier werden antifaschistische, antikapitalistische und weitere als links markierte Positionen in einen terroristischen Bedrohungszusammenhang eingeordnet. Der Artikel fragt nach der Rolle der Bundesregierung in diesem laufenden Prozess. Er arbeitet zugleich anhand amtlicher Dokumente, parlamentarischer Auskünfte und der Reden von Marco Rubio, Scott Bessent und Stephen Miller auf einer Washingtoner Ministerkonferenz vom Juli 2026 zentrale Muster der Feindbildkonstruktion durch die US-amerikanischen Akteure heraus: die Gegenüberstellung einer moralisch überhöhten westlich-christlichen Zivilisation und eines als destruktiv, verschwörerisch und kulturell abweichend beschriebenen Gegners. Die Analyse zeigt, wie dabei die Grenzen zwischen konkreten Gewalttaten, legalem Protest und politischer Überzeugung verwischt werden. Stellungnahmen von Menschenrechtsfachleuten und Bürgerrechtsorganisationen verdeutlichen die rechtsstaatlichen Risiken dieser Ausweitung des Terrorismusbegriffs. Vor diesem Hintergrund problematisiert der Beitrag die deutsche Beteiligung an den US-initiierten Konferenzen und die Vorbereitung eines weiteren Workshops in Deutschland. Im Zentrum steht die Gefahr, dass etablierte Sicherheitskooperationen und ein möglicher Datenaustausch zur Verfolgung politischer Opposition beitragen und dem amerikanischen Vorgehen zugleich demokratische Legitimation verschaffen. Der Aufsatz fordert deshalb eine öffentliche Klärung der deutschen Mitwirkung und ihre parlamentarische Kontrolle.

For more than a year, President Trump has sought to internationalize, through both discourse and institutional cooperation, the agenda set out in his September 2025 memorandum NSPM-7 and its implementing directives. These documents frame antifascist, anticapitalist, and other positions labelled as left-wing as elements of a terrorist threat. The article examines the German federal government's role in this ongoing process. Drawing on official documents, government responses to parliamentary questions, and speeches delivered by Marco Rubio, Scott Bessent, and Stephen Miller at a ministerial conference in Washington in July 2026, it identifies key patterns of **enemy construction** in US officials' discourse: a morally exalted Western Christian civilization is juxtaposed with an adversary portrayed as destructive, conspiratorial, and culturally deviant. The analysis shows how this framing blurs the boundaries between specific acts of violence, lawful protest, and political beliefs. Statements by human rights experts and civil liberties organizations highlight the risks that this expansion of the concept of terrorism poses to the rule of law. Against this background, the article critically examines Germany's participation in the US-initiated conferences and preparations for a further workshop in Germany. Its central concern is that established security cooperation and potential data sharing could facilitate the persecution of political opposition while lending democratic legitimacy to US actions.

¹ Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Publiziert am 16. Oktober 2026.

The article therefore calls for public clarification of Germany's involvement and parliamentary oversight.

Das Memorandum

Am 25. September 2025 veröffentlichte Donald Trump das zunächst auf die USA selbst gemünzte, ideologiegeladene *National Security Presidential Memorandum* (NSPM) (Trump, D. J. 2025). Dessen zentrale propagandistische Transaktion hatte allerdings Friedrich Merz, damals noch als Oppositionsführer und als Kanzlerkandidat im Wahlkampf, im Februar 2025 bereits vorweggenommen (Paul, 2025): In einer Rede im Münchner Löwenbräukeller hatte er den gesamten Bereich links von der CDU, einschließlich der ‚Ampel‘, unter ‚Antifa‘ subsumiert und dunkel einen Zusammenhang mit dem Mord an Walter Lübcke in den Raum gestellt. SPD-Generalsekretär Matthias Miersch betitelte Merz daraufhin weitsichtig als „Mini-Trump“. (tagesschau.de, 2025).

Denn ganz ähnlich zählt Trumps *National Security Presidential Memorandum* (NSPM) eine Reihe von – teilweise noch unaufgeklärten – Gewalttaten auf („heinous assassinations“, „horrificing assassination“, „this evil murder“), darunter Anschläge auf Trump selbst, um daraus das überlebensgroße Feindbild (*Mastermind*) eines umfangreichen, in den USA und weltweit gut organisierten Täuschungs- und Gewaltapparats des „Antifaschismus“ zu entwickeln, der angeblich in „anti-Americanism“, „anti-capitalism“ und „anti-Christianity“ übereinstimmt.²

Dies dient Trump als Grundlage, das Gegenbild des ‚guten Amerika‘ zu inszenieren, wobei in der Perspektive des Dokuments diejenigen, „who hold traditional American views on family, religion, and morality“, mit den Unterstützern von „law enforcement and border control“, d. h. den Unterstützern von Trumps Plan zusammenfallen, auf Grundlage des *Memorandums* einen – offenbar weltweiten – Gegen-Apparat gegen ‚Antifa‘ aufzubauen.

Entscheidend für eine deutsche Perspektive dürfte z. B. Abschnitt 2(c)(ii) des *Memorandums* sein, in dem ‚behördenübergreifende Terrorismus-Ermittlungsgruppen‘ (*Joint Terrorism Task Forces*) mit der Beobachtung beauftragt werden von „Nichtregierungsorganisationen und US-Bürgern, die im Ausland ansässig sind oder enge Verbindungen zu ausländischen Regierungen, Vertretern, Staatsangehörigen, Stiftungen oder Einflussnetzwerken unterhalten, welche sich an Verstößen gegen den Foreign Agents Registration Act [...] oder an Geldwäsche beteiligen – etwa durch die Finanzierung, Gründung oder Unterstützung von Einrichtungen, die Aktivitäten entfalten, welche (US-)inländischen Terrorismus unterstützen oder begünstigen.“³

Am 4.12.2025 erließ der stellvertretende US- Generalstaatsanwalt Todd Blanche⁴, der Trump zuvor im New Yorker Strafprozess um die Verschleierung einer Schweigegeldzahlung an die Pornodarstellerin

² Vgl.: „the organized structures, networks, entities, organizations, funding sources, and predicate actions behind them“ „sophisticated, organized campaigns of targeted intimidation, radicalization, threats, and violence“; „These campaigns are coordinated and perpetrated by actors who have developed a comprehensive strategy to achieve specific policy goals through radicalization and violent intimidation“; „a movement that embraces and elevates violence to achieve policy outcomes, including justifying additional assassinations“; „This ‘anti-fascist’ lie has become the organizing rallying cry used by domestic terrorists“.

³ „non-governmental organizations and American citizens residing abroad or with close ties to foreign governments, agents, citizens, foundations, or influence networks engaged in violations of the Foreign Agents Registration Act [...] or money laundering by funding, creating, or supporting entities that engage in activities that support or encourage domestic terrorism.“

⁴ Ab August 2026 war Blanche US-Justizminister.

Stormy Daniels verteidigt hatte (Cohen et al., 2024), nähere Ausführungsbestimmungen zum Memorandum. (Office of the Attorney General, 2025) Darin findet sich nun die direkte Anweisung an die *Joint Terrorism Task Forces*, „alle verfügbaren Ermittlungsinstrumente einzusetzen, die im Einklang mit den internen Richtlinien der Strafverfolgungsbehörden und den gesetzlichen Verpflichtungen stehen, um das gesamte Netzwerk der für die übermittelten Sachverhalte verantwortlichen Akteure innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten zu erfassen.“

Vor allem aber bringt Blanche Trumps propagandistische Gleichung zwischen linken Einstellungen und Gewalt noch einmal auf den Punkt: „Diese inländischen Terroristen setzen Gewalt oder die Androhung von Gewalt ein, um politische und gesellschaftliche Ziele zu verfolgen. Dazu gehören unter anderem der Widerstand gegen die Durchsetzung von Gesetzen und Einwanderungsbestimmungen, extreme Ansichten zugunsten von Massenmigration und offenen Grenzen, das Festhalten an radikaler Gender-Ideologie, Antiamerikanismus, Antikapitalismus oder antichristliche Haltungen, die Befürwortung des Sturzes der US-Regierung, Feindseligkeit gegenüber traditionellen Vorstellungen von Familie, Religion und Moral sowie die Verherrlichung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele, etwa durch politische Attentate.“⁵

Mai 2026: Der erste Workshop

Im Mai 2026 richtete das US-Außenministerium einen ersten *Counterterrorism Law Enforcement Workshop* (CTLEW) aus, (U.S. Department of State. (o. D.(b)) der die Maßnahmen international koordinieren sollte. Damit ließ sich nicht nur eine ‚Bedrohung von außen‘ inszenieren, sondern auch eine ‚globale‘ Unterstützung für Trumps Pläne. Zugleich konnte man so die Nachrichtendienste anderer Länder, d. h. ihre Datenbestände ins Boot holen.

Nach amtlichen Angaben nahmen Fachleute aus Strafverfolgung und Terrorismusbekämpfung aus 14 europäischen und nicht-europäischen Staaten an dem zweitägigen Format teil. Im Mittelpunkt standen der Austausch von Gefahreinschätzungen und operativen Verfahren sowie die Beschreibung und Bekämpfung von Netzwerken, die von der US-Regierung dem transnationalen linksextremistischen Terrorismus zugerechnet werden, darunter die erst kürzlich in die Liste aufgenommene Vereinigung *Antifa Ost*. Der genaue Termin, der Veranstaltungsort und die Teilnehmerstaaten blieben geheim.

Eine ganze Reihe von Indizien spricht für eine Beteiligung von Beamten des Bundesinnenministeriums, das sich bisher allerdings in Schweigen hüllt. Immerhin berichtete Gregory D. LoGerfo, ein Beamter des US-Büros für Terrorismusbekämpfung, vor der Presse am 20. Juli 2026 (U.S. Department of State, 2026c), dass die internationalen Vertreter der Strafverfolgungsbehörden des Mai-Workshops vereinbart hatten, ihren Abstimmungsprozess zu vertiefen, und dass Deutschland zugesagt habe, den nächsten Workshop – offenbar im Herbst 2026 – auszurichten.⁶ Auf Anfrage wollte das Bundesinnen-

⁵ “These domestic terrorists use violence or the threat of violence to advance political and social agendas, including opposition to law and immigration enforcement; extreme views in favor of mass migration and open borders; adherence to radical gender ideology, anti-Americanism, anti-capitalism, or anti-Christianity; support for the overthrow of the United States Government; hostility towards traditional views on family, religion, and morality; and an elevation of violence to achieve policy outcomes, such as political assassinations”

⁶ “Building on the inaugural counterterrorism law enforcement workshop we hosted in May, partners agreed to deepen information sharing, coordinate on travel restrictions, and strengthen protection of critical infrastructure,

ministerium zu Ort, Zeit und Einzelheiten allerdings keine Auskünfte erteilen, aus „Gründen der Veranstaltungssicherheit und um einen vertraulichen Austausch zu ermöglichen.“ (Deutscher Bundestag, 2026a, S. 11775)

Eine Antwort der Bundesregierung (Deutscher Bundestag, 2026b, Vorabfassung) vom 8. Oktober 2026) auf eine Kleine Anfrage der *Fraktion Die Linke* (Koçak et al., 2026) bestätigt indirekt, dass der geplante Workshop vom Bundesinnenministerium ausgerichtet werden wird. Im Gegensatz zu den Seit Sommer 2026 stehe das Ministerium „in regelmäßigem Austausch mit dem US-amerikanischen Außenministerium (Department of State) und dem US-amerikanischen Justizministerium (Department of Justice). In diese Abstimmungen sind auf deutscher Seite auch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eingebunden. Gegenstand der laufenden Gespräche sind insbesondere das Format der Veranstaltung, der Kreis der teilnehmenden Staaten sowie die inhaltliche Agenda.“ Die Abstimmungen seien noch nicht abgeschlossen und Einladungen seien noch nicht verschickt worden.

Zwischen dem 11. und 12. Mai 2022 hatte im Bundesinnenministerium in Berlin schon einmal ein *Counterterrorism Law Enforcement Forum* (CTLEF) stattgefunden, das vom BMI (Nancy Faeser), dem US-Außenministerium und dem US-Justizministerium ausgerichtet worden war. Thema war damals die Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus. Eine BMI-Mitteilung nennt als TeilnehmerInnen mehr als 100 Fachleute aus knapp 40 Ländern (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022).

Die Juli-Konferenz

Anfang Juli 2026 erfolgte über die deutsche Botschaft in Washington und über die US-Botschaft in Berlin eine – offenbar kurzfristige – Einladung des US-Außenministeriums unter Marco Rubio an die deutsche Regierung, nunmehr auch an einem Treffen zum Thema auf Ministerebene teilzunehmen. Während sich die deutsche US-Botschaft in Washington (Litschko, K., 2026b) über die Hintergründe ahnungslos gab („War uns die Veranstaltung im Vorfeld bekannt? Wie lassen wir uns darauf ein?“) (Kempen, 2026) und das Anliegen schnell an Alexander Dobrindts Staatssekretär Hans-Georg Engelke weiterreichte, erhielt dieser offenbar zeitgleich eine Einladung unmittelbar aus der US-Botschaft in Berlin, deren Absender ihn mit ‚Dear Hans-Georg‘ ansprach.⁷

Nur 13 Minuten später benannte Engelke den Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium für Öffentliche Sicherheit, Christian Klos, an der Washingtoner Konferenz als Redner teilzunehmen. Klos war schon 2004 für die internationale Terrorismusbekämpfung zuständig gewesen, leitete ab 2011 das Referat Aufenthaltsrecht und war während der sog. Flüchtlings- und Migrationskrise 2015 ‚Beauftragter für Rückführungen‘. Im Jahr 2017 baute er den ‚Stab Rückkehr‘ auf und leitet seit Anfang 2020 die Abteilung Öffentliche Sicherheit des BMI (Wegweiser Media & Conferences GmbH, o. D.).

particularly transportation and energy systems, which have been repeated targets. At the ministerial, Germany announced that it will host the next workshop, where we expect even greater attendance. This forum will continue to spur close cooperation among practitioners on the threat.”

⁷ Ebd. Die Funktionsangabe in der anschließenden BMI-Korrespondenz deutet auf den damaligen Geschäftsträger Alan D. Meltzer hin; der Name selbst ist in den veröffentlichten Unterlagen geschwärzt.

Während der Tagung (U.S. Department of State, 2026b) am 16. Juli 2026 unter Beteiligung von 66 nationalen Delegationen, darunter Delegationen mit insgesamt 17 Ministern, die als ‚Antifa-Summit‘ apostrophiert wurde, wurde Klos von einem Verbindungsbeamten des deutschen Bundesinnenministeriums beim US-Heimatschutzministerium (DHS) begleitet, der US-Behörde, die auch für die Maßnahmen der ICE zuständig ist. Bereits im März 2026 hatte die Bundesregierung (Bundesregierung, 2026) allerdings verneint, es gebe eine über einzelne Fahndungsfälle hinausgehende Kooperation mit ICE, verwies aber zugleich auf Geheimhaltungsregeln.

Dennoch hellhörig geworden (Litschko, 2026a), forderten die Rechtsanwälte Scharmer und Zünbül, VerteidigerInnen von sechs Beschuldigten im Düsseldorfer Prozess gegen die *Antifa Ost*, die Vorladung des BMI-Abteilungsleiters Christian Klos wegen des Verdachts, dieser könne Daten über die Angeklagten und die Vorwürfe gegen sie an die USA weitergegeben haben. Außenminister Rubio habe in Washington „explizit über einen Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und von koordinierten Strategien in der Strafverfolgung“ gesprochen.⁸

Tatsächlich aber scheint *Antifa Ost* nur als nebulöses Symbol eine Rolle gespielt zu haben. So verwies der Karrierediplomat und langjährige Antiterror-Koordinator des US-Außenministeriums, der gegen ISIS gearbeitet hatte, Gregory D. LoGerfo (U.S. Department of State, o. D.(a)), bei dem bereits erwähnten Pressebriefing am 20. Juli 2026 u. a. auf Einstufungen durch europäische Regierungen, ohne konkrete Informationen nennen zu können (LoGerfo, 2026).

Und obwohl er sich im Dezember 2025 dazu bekannt hatte, Trumps *Memorandum* zu ‚exekutieren‘ (LoGerfo, 2025), strich LoGerfo im Juli 2026 der Presse gegenüber kritische Bedenken kurzerhand vom Tisch. Es gehe nicht darum, „politische Ansichten zu reglementieren, die Meinungsfreiheit einzuschränken oder friedlichen Protest zu unterbinden“, sondern um „erschreckende Gewalt, Bombenanschläge, Brandstiftungen, Attentate und Sabotage an der Infrastruktur in einem Ausmaß, das Menschenleben gefährdet.“ Es gehe um Terrorismus „unabhängig von der zugrundeliegenden Ideologie.“

Die Kritiker

Das sehen Kritiker anders, die bereits anlässlich Trumps *National Security Presidential Memorandum* eine Umkehr des rechtsstaatlichen Prinzips anprangerten: Weltanschauungsbegriffe wie Antikapitalismus, Antifaschismus oder Positionen zu Migration, Geschlecht und Familie würden ausdrücklich in einen Terrorismusraum eingeordnet, so dass nicht mehr konkrete Gewalt oder eine belastbare Tatplanung am Anfang stünde. Umgekehrt sollen vielmehr politisch missliebige Haltungen, ‚linke‘ Weltanschauungen, legale Protestformen, NGOs, Spender und internationale Kontakte als Indikatoren eines terroristischen Netzwerks behandelt werden können, um dann nach Straftaten, Netzwerken und ‚Finanzströmen‘ zu ‚suchen‘.

- Unter Hinweis auf die Praktiken von ICE legten am 9. März 2026 fünf UN-Sonderberichterstatter (Ben Saul, Morris Tidball-Binz, Gina Romero, Mary Lawlor, Ana Brian Nougères) in Genf eine siebenseitige Analyse des *Memorandums* und der Erläuterungen durch den US-Generalstaatsanwalt vor (Saul et al. 2026), in der sie vor allem auch auf die rechtlich beliebige Begrifflichkeit dieser Dokumente hinwiesen.

⁸ Eine Entscheidung des Gerichts über den Antrag steht aus.

- Am 25. August 2026 reichten drei Bürgerrechtsorganisationen (Foundation for Individual Rights and Expression, Society for the Rule of Law and Democracy, & Cato Institute, 2026) bei einem Bundesgericht in Minnesota einen Schriftsatz ein, um gegen diskriminierende Maßnahmen vorzugehen, die bereits aufgrund des Trump'schen Memorandums angelaufen sind.
- Die Direktorin des *National Security Project* der *American Civil Liberties Union*, Hina Shamsi, bezeichnete das Memorandum am 15. Oktober 2025 als gezielten Versuch, Angst zu erzeugen und die Opposition gegen Trumps Machtmissbrauch einzuschüchtern, bzw. zum Schweigen zu bringen (Shamsi, 2025). Das Memorandum operiere mit nicht existenten Straftatbeständen, u. a. mit der gesetzlich gar nicht vorhandenen Kategorie „domestic terrorist organization“.
- Eine Gruppe von 27 demokratischen US-Kongress-Abgeordneten um Delia C. Ramirez, Alexandria Ocasio-Cortez und Ilhan Omar richtete am 7. August 2026 ein vierseitiges Protestschreiben (Ramirez et al., 2026) an die Minister Marco Rubio und Scott Bessent. Darin charakterisieren sie den Einsatz des Sicherheitsapparats zur Unterdrückung politischer Gegner als Merkmal faschistischer Staatsführung. Die Abgeordneten verlangten Rechtsgrundlagen, Definitionen, Beweisstandards und Kontrollverfahren für die Kategorien „Far-Left Terrorist“ und „aligned groups“.
- In einem Brief an Außenminister Rubio vom 16. Juli 2026 protestierten die demokratischen Kongressabgeordneten Gregory W. Meeks und Bill Keating: Das US-Außenministerium verfüge über kein Mandat für Inlandsoperationen gegen „Antifa“. Es wäre ebenso rechtswidrig, wenn das Amt Steuergelder einsetzte, um im In- oder Ausland gegen US-Bürger vorzugehen – unter dem Vorwand, linksextremistischen Bestrebungen entgegenzuwirken.
- In Stellungnahmen des *Brennan Center for Justice* an der *New York University School of Law* zum *Memorandum* vom Februar und September 2026 wird einerseits auf die Ähnlichkeit des ideologischen Konstrukts des „far-left political terrorism“ mit rechten Verschwörungserzählungen hingewiesen, andererseits auf den – in Person des oben erwähnten Gregory D. LoGerfo – tatsächlich belegbaren Versuch, Antiterror-Instrumente, die im War on Terror gegen Gruppen wie ISIS gerichtet wurden, nun gegen ideologische Gegner im Inland einzusetzen. (Levinson-Waldman, 2026; Brennan Center for Justice, 2026)
- Thomas Renard, Direktor des International Centre for Counter-Terrorism in Den Haag, bewertete das Memorandum als Ausdruck einer „completely politicised, instrumentalised“ US-Terrorismusbekämpfung (International Centre for Counter-Terrorism, 2026). Rechtsextremer Terror sei aus der neuen Strategie nahezu verschwunden, obwohl er in den USA weiterhin fest verankert bleibe.

Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum begründete die Ablehnung einer Teilnahme an der Juli-Konferenz tags darauf so (Prensa Latina, 2026): „Da es sich in diesem Fall aus unserer Sicht eher um eine politische Angelegenheit handelte als um eine Angelegenheit, die tatsächlich mit der Bekämpfung krimineller Gruppen oder anderen Sicherheitsfragen zusammenhing, hielten wir es für das Beste, nicht teilzunehmen“.

Wollte der deutsche Innenminister Dobrindt im Gegensatz dazu erst abwarten, was US-Außenminister Marco Rubio, US-Finanzminister Scott Bessent und Stephen Miller, stellvertretender Stabschef des Weißen Hauses und Trumps ‚Homeland Security‘-Berater, am 16. Juli 2026 zu sagen hatten?

Die Stellungnahmen

US-Außenminister Rubio, sein Amtskollege Bessent und Trump's langjähriger Stichwortgeber Miller füllten in ihren Stellungnahmen den Rahmen aus, den Donald Trump in seinem Memorandum vorgegeben hatte (U.S. Department of State, 2026a). Die drei Reden stellen zugleich eine massive Hypothek dar, zu der sich Alexander Dobrindt wird inhaltlich erklären müssen.

Marco Rubio

Rubio definiert ‚linken Terror‘ in Anlehnung an apokalytische, diabolisierende Verschwörungserzählungen als global vernetzten ‚Hass gegen die Zivilisation selbst‘, als Revolte ‚der Schlechtesten gegen die Besten‘. Ob Antikapitalismus, Antiimperialismus, Kommunismus, Anarchismus und Marxismus – es handle sich um ein ‚giftiges Ressentiment‘, das sich mit den Begriffen Gleichheit, Gerechtigkeit und Befreiung tarne. Besonders der Kommunismus stehe für diese Gegenwelt ohne schöpferische Leistung, ohne Größe und Gott. Anschläge auf Infrastruktur (wie in Berlin) richteten sich gegen Symbole zivilisatorischen Erfolgs: ‚They despise the West because the West is great.‘⁹

Dem stellt Rubio die Versammlung vor ihm als das ‚gute‘ Wir gegenüber, ein schützendes, schöpferisches und moralisch überlegenes Kollektiv, das für Stärke, Güte, Mut, Kreativität und (noch einmal) für die Fähigkeit steht, ‚Großes‘ aufzubauen: ‚We have built great things together‘, während die Feinde der Zivilisation nur zerstören könnten. Die helle Welt der ‚Völker der zivilisierten Welt‘ müsse gegen die ‚hereinbrechende Dunkelheit‘ das verteidigen, ‚what is ours‘. Reale linksextreme Gewalttaten werden zu sichtbaren Zeichen der viel größeren, verborgenen Welt des ‚radical leftism‘, der sich über eine ‚Tarnsprache‘ vorgeblich humaner Werte zu erkennen gebe, wobei Presse, Hochschulen und Extremismusforschung das Umfeld darstellten, das linke Gewalt verharmlose.

Scott Bessent

Auch Bessent, der vor seinem Schwenk zu Donald Trump für George Soros arbeitete, charakterisiert den politischen Terrorismus als global organisiert und konstruiert dabei kurzerhand ohne jeden Beleg sogar eine ‚vereinte Front‘ zwischen internationalem Marxismus und Islamismus, die sich beide gegen freie Gesellschaften richteten, die Bessent vor allem im globalen Finanzsystem realisiert sieht. Zugleich bedient auch Bessent das Verschwörungsnarrativ: Terrorismus sei nur der sichtbare Ausdruck des umfassenderen und ‚heimtückischeren‘ Unterwanderungsprojekts, mit dem eigentlichen Ziel, die ‚Philosophien‘ der westlichen Zivilisation zu untergraben. Dazu dienten auch ‚leisere‘ linke Kampag-

⁹ Vgl. ganz ähnlich Rubios Münchner Rede vom 14. Februar 2026 (Paul, 2026) und seine Rede in Athen vom 7. Oktober 2026 (Rubio, o. D.): ‚This was the foundation of the Western mind: our math, our science, our medicine. Our philosophy, ethics, and religion. It paved the way for the gospel of Jesus Christ to find fertile soil in Europe and flourish into the empire of Christendom. It was the foundation of the riches of Christian theology – of Augustine and Aquinas and the whole tradition of natural law.‘

nen zur Unterdrückung von Meinungsfreiheit, zur Einschüchterung politischer Gegner und zur Sabotage staatlicher Institutionen, möglicher Weise auch unter dem Tarnmantel gemeinnütziger Organisationen.

Vielleicht mit Blick auf seine frühere Tätigkeit für George Soros räumt Bessent aber ein, dass die meisten gemeinnützigen Organisationen altruistisch seien und viele das Beste der Zivilgesellschaft verkörperten. Ebenso möchte Bessent Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit achten, und nur gegen „suspected unlawful conduct“ vorgehen, nicht gegen „beliefs or ideologies“. Bessents Sowohl-als-auch spricht für einen Opportunismus, der an anderer Stelle ins Peinliche kippt, als Bessent sich als Opfer eines linken Attentats inszeniert, das sich als folgenlose Aktion eines geltungs-süchtigen Mannes herausstellte.¹⁰

Stephen Miller

In einer apokalyptischen, fanatisierten Suada zeichnete Stephen Miller „linken Terror“ nicht mehr nur abstrakt als ‚Bedrohung der Zivilisation‘, sondern als ‚Gulag‘, der ‚gute Familien‘ durch Entrechtung und Mord dahinzuraffen droht. Damit staatliche Institutionen nicht durch einen organisierten Aufstand außer Kraft gesetzt würden, sei sofort eine umfassende Antwort („disrupt, identify, defund, debank, arrest, and prosecute“) gegen grenzüberschreitende Finanzierungs-, Organisations- und Informationsnetze nötig.

Zugleich warnt Miller vor „nützlichen Idioten“, die den vermeintlich guten Absichten der Urheber glaubten, es gehe ihnen z. B. um ‚Arm gegen Reich‘. Stattdessen würden – hier folgt Miller der mittelalterlich-christlichen ‚Technik‘ der Diabolisierung – Letztere für die Zivilisation zum „fatalen Krebs“, da sie von Neid, Hass und Eifersucht zerfressen würden – auf jene, die ihnen moralisch überlegen seien. Das sehe man gewaltsamen Antifa-Demonstranten auch durch ihr ‚deformiertes‘ Äußeres an, das ihren inneren Hass spiegle. Angesichts dieser Merkmale dürfe man („Trust your instincts“) den eigenen Instinkten vertrauen, sprich: statt geltendem Recht.

Diesen Aufruf unterfüttert Miller mit einem „guten“ Wir, das ein deutlich kulturell-christliches Profil trägt: Es ist die glückliche patriotische US-Familie mit Beruf, Kindern und sonntäglichem Kirchgang, eingebettet in ein friedliches, produktives Gemeinwesen, in Schönheit, Natürlichkeit, Gesundheit und moralischer Überlegenheit. Die Verteidigung ‚gleicher Rechte‘ wird so zur Verteidigung einer bevorzugten Lebensform der Mehrheit, die freilich durch institutionelle Weichheit und Feigheit Opfer einer radikalen Minderheit werden könne (vgl. „Gulag“).

Daraus folgt – entsprechend dem Drehbuch von Grenzregime und Notwehr – Millers Hausmetapher: Die ‚Zivilisation‘ müsse wie das eigene Familienhaus gegen einen Eindringling verteidigt werden. Zugleich rechtfertigt Miller auch schon präventives Handeln: Wer zuwarte, habe bereits verloren. Besser sei ein falscher Alarm als ein zu spätes Handeln. Auch wenn Miller das Versprechen an alle Menschen nachschiebt, er verlange nur „every lawful and legitimate tool“ zugunsten der Sicherheit, der Würde

¹⁰ Am 27. Januar 2025 stellte sich der 24jährige Ryan Michael English aus Massachusetts, ohne irgendeine Tat begangen zu haben, versehen mit einem Taschenmesser und zwei Mini-Wodka-Fläschchen (die er zu „Molotov Cocktails“ erklärte) dem wachhabenden Offizier am Südtor des Capitols – und teilte diesem mit, er wolle ein Attentat gegen Bessent begehen und einen Think-Tank in Washington niederbrennen: Bessent war zu keinem Zeitpunkt in Gefahr. (U.S. Attorney’s Office, District of Columbia, 2026).

und des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen, und so dem Vorwurf vorbeugt, er rufe zu rechtswidriger Gewalt oder zur Verfolgung jedes linken Menschen auf, wird der ‚Gegner‘ in seinen Rechten schon zuvor delegitimiert.

Miller verwischt systematisch die Grenze zwischen faktischem Terrorismus, ‚linker Überzeugung‘ und kultureller Abweichung und beschreibt letztlich eine von einer bürgerlichen Mehrheit getragene Strategie des eliminatorischen Bürgerkriegs.

Stillhalten, aussitzen, mitmachen?

Vor dem geschilderten Hintergrund erscheint das Verhalten des Bundesinnenministers rätselhaft und beunruhigend, insbesondere hinsichtlich seiner offenkundigen Bereitschaft, Deutschland zum Komplizen von Trumps Feldzug gegen links werden zu lassen, ein Feldzug, zu dem zweifellos bereits die vergangene Propaganda durch J.D. Vance, Marco Rubio und Elon Musk zugunsten der AfD gehörte – die allerdings auf Dobrindts Kritik traf.

Ist Opportunismus, fehlender Mut gegenüber Trump im Spiel, oder meint man wirklich, das ‚Schlimmste‘ verhindern, bzw. Trumps Projekt auf Rechtsstaatlichkeit drehen zu können? Oder kommt simple politische Nähe zum Vorschein? Auch Dobrindts hat eine beachtliche Vorgeschichte der Linksterror-Rhetorik, sei es gegen eine „linke Revolution der Eliten“ oder gegen eine „Klima-RAF“, die als Anschlussstelle an die amerikanische Erzählung Sinn macht.

Oder meint man, nach dem Motto ‚Augen zu und durch‘ das reaktionäre Getöse überhören zu dürfen, um seit Jahren etablierte Sicherheitskooperationen intern und abgeschirmt fortführen zu können? Wie aber will man verhindern, dass die amerikanischen Kollegen Daten abgreifen, um künftig ihr eigenes Programm zu fahren, nämlich politische Opposition auch in Deutschland zum Ausgangspunkt eines Sicherheitsverdachts zu machen - und sich dafür eine rechtsstaatliche Legitimation durch die deutsche Regierung zu verschaffen?

Der Bundestag darf Dobrindts offensichtliche Taktik des Aussitzens nicht dulden.

Literatur:

Brennan Center for Justice. (2026, 29. September). How President Trump’s memo on domestic terrorism has targeted left-leaning protests [Interview mit Faiza Patel]. NPR. <https://www.npr.org/2026/09/29/nx-s1-5981223/how-president-trumps-memo-on-domestic-terrorism-has-targeted-left-leaning-protests>

Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2022, 12. Mai). Uniting across borders to combat right-wing extremism [Pressemitteilung]. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/EN/2022/05/ctlef.html>

Bundesregierung. (2026a, 3. März). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Doris Achelwilm, Anne-Mieke Bremer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke – Drucksache 21/4196 –: Zusammenarbeit von Bundesbehörden mit der Immigration and Customs Enforcement der USA (Bundestagsdrucksache 21/4495). Deutscher Bundestag. <https://dserver.bundes-tag.de/btd/21/044/2104495.pdf>

Deutscher Bundestag (2026b, 8. Oktober): *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ferat Koçak, Clara Bünger, Anne-Mieke Bremer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke – Drucksache 21/8201 –: US-amerikanisch-deutscher Workshop zu linksextremistischer Gewalt*. Drucksache 21/8458, 21. Wahlperiode, 8. Oktober 2026.

Cohen, L., Queen, J., & Sullivan, A. (2024, 31. Mai). Donald Trump becomes first US president convicted of a crime. Reuters. <https://www.reuters.com/legal/jurors-begin-second-day-deliberations-trump-hush-money-trial-2024-05-30/>

Deutscher Bundestag. (2026, 23. September). Stenografischer Bericht: 95. Sitzung, 21. Wahlperiode (Plenarprotokoll 21/95). <https://dserver.bundestag.de/btp/21/21095.pdf>

Foundation for Individual Rights and Expression, Society for the Rule of Law and Democracy, & Cato Institute. (2026, 25. August). [Proposed] brief of amici curiae Foundation for Individual Rights and Expression, the Society for the Rule of Law and Democracy, & the Cato Institute in support of defendants' motion for discovery (United States v. Isaac Sant et al., No. 26-cr-115 [KMM/DTS], Dokument 234-1). U.S. District Court for the District of Minnesota. <https://protectdemocracy.org/wp-content/uploads/2026/08/USA-v.-SANT-Amici-Curiae-Brief-of-FIRE-SRL-CATO.pdf>

International Centre for Counter-Terrorism. (2026, 17. Juli). In the media: Thomas Renard on the US summit on the resurgence of left-wing terrorism. <https://icct.nl/multimedia/media-thomas-renard-us-summit-resurgence-left-wing-terrorism>

Kempfen, A. (2026, 11. September). Trumps „Anti-Antifa-Konferenz“: Deutscher Spitzenbeamter trat als Redner auf. FragDenStaat. <https://fragdenstaat.de/artikel/exklusiv/2026/09/Trump-Anti-Antifa-Konferenz/>

Koçak, F., Bünger, C., Bremer, A.-M., Fey, K., Gysi, G., Hoß, L., Krampe, J., Lemke, S., Ramelow, B., Schliesing, D., Valent, A., Vogtschmidt, D., Willnat, C., & Fraktion Die Linke. (2026, 24. September). US-amerikanisch-Deutscher Workshop zu linksextremistischer Gewalt [Kleine Anfrage] (Bundestagsdrucksache 21/8201). Deutscher Bundestag. <https://dserver.bundestag.de/btd/21/082/2108201.pdf>

Levinson-Waldman, R. (2026, 13. Februar). Trump's version of "domestic terrorism" vs. the First Amendment. Brennan Center for Justice. <https://www.brennancenter.org/our-work/research-reports/trumps-version-domestic-terrorism-vs-first-amendment>

Litschko, K. (2026b, 2. September). Workshop mit den USA: Das Innenministerium lädt zum Anti-Antifa-Treffen. taz. <https://taz.de/Workshop-mit-den-USA/!6209357/>

Litschko, K. (2026a, 14. Juli). Antifa-Prozess in Düsseldorf: Das Schweigen ist gebrochen. taz. <https://taz.de/Antifa-Prozess-in-Duesseldorf/!6195984/>

Litschko, K. (2026b, 2. September). Workshop mit den USA: Das Innenministerium lädt zum Anti-Antifa-Treffen. taz. <https://taz.de/Workshop-mit-den-USA/!6209357/>

LoGerfo, G. (2025, 11. Dezember). Opening statement of Gregory LoGerfo: Nominee for Coordinator for Counterterrorism, with rank of Ambassador [Schriftliche Stellungnahme zur Nominierungsanhörung]. U.S. Senate Committee on Foreign Relations. https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/f4c8ec2b-b163-2332-02ea-2d0264ffad38/121125_LoGerfo_Testimony.pdf

LoGerfo, G. D. (2026, 20. Juli). Results from the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism [Transkript eines FPC-Briefings]. U.S. Department of State. <https://www.state.gov/briefings-foreign-press-centers/ministerial-on-resurgence-of-political-terrorism-results>

Office of the Attorney General. (2025, 4. Dezember). Implementing National Security Presidential Memorandum-7: Countering domestic terrorism and organized political violence [Memorandum]. U.S. Department of Justice. <https://docs.house.gov/meetings/JU/JU00/20260211/118951/HHRG-119-JU00-20260211-SD032.pdf>

Paul, J. (2025, Juni). „Ich frage mal die Ganzen, die da draußen rumlaufen, ...“ Friedrich Merz am 22. Februar 2025 im Münchener Löwenbräukeller. Eine linguistische Deutung. DISS-Journal, (49), 37–40. <https://www.researchgate.net/publication/393471632>

Paul, J. (2026). Trump incorporated. Von der Apotheose des Marco Rubio. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. <https://diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2026/05/2026-05-06-Marco-Rubio-Artikel-Jobst.pdf>

Prensa Latina. (2026, 17. Juli). México señala carácter político de reunión convocada por EEUU. <https://www.prensa-latina.cu/2026/07/17/mexico-senala-caracter-politico-de-reunion-convocada-por-eeuu/>

Ramirez, D. C., McGovern, J. P., Pressley, A., Mejia, A., Tlaib, R., Pocan, M., Casar, G., Lee, S. L., Watson Coleman, B., Omar, I., Scanlon, M. G., Grijalva, A. S., Schakowsky, J., Beyer, D. S., Jr., García, J. G., Garcia, S. R., DeSaulnier, M., Balint, B., Simon, L., ... Green, A. (2026, 7. August). [Gemeinsames Schreiben an Marco Rubio und Scott Bessent zu NSPM-7 und Maßnahmen gegen angeblichen „left-wing violent extremism“]. U.S. House of Representatives. https://ramirez.house.gov/sites/evo-subsites/ramirez.house.gov/files/evo-media-document/ramirez-letter-on-left-wing-violent-extremism_.pdf

Rubio, M. (o. D.). Secretary of State Marco Rubio remarks [Redetranskript]. U.S. Department of State. <https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesman/2026/10/secretary-of-state-marco-rubio-remarks>

Saul, B., Tidball-Binz, M., Romero, G., Lawlor, M., & Nougères, A. B. (2026, 9. März). [Gemeinsames Schreiben der UN-Sonderberichterstatterinnen an die US-Regierung zu NSPM-7 und dem Memorandum der Justizministerin vom 4. Dezember 2025] (OL USA 7/2026). Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gId=30829>

Shamsi, H. (2025, 15. Oktober). How NSPM-7 seeks to use “domestic terrorism” to target nonprofits and activists. American Civil Liberties Union. <https://www.aclu.org/news/national-security/how-nspm-7-seeks-to-use-domestic-terrorism-to-target-nonprofits-and-activists>

tagesschau.de. (2025, 23. Februar). Wahlkampfabschluss von Merz: „Links ist vorbei“-Aussage sorgt für Kritik. <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/merz-linke-kritik-100.html>

Trump, D. J. (2025, 25. September). Countering domestic terrorism and organized political violence (National Security Presidential Memorandum/NSPM-7). The White House. <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/countering-domestic-terrorism-and-organized-political-violence/ganized-political-violence/>

U.S. Attorney’s Office, District of Columbia. (2026, 26. März). Massachusetts man pleads guilty to charges related to the attempt to assassinate then-Cabinet member nominee Scott Bessent at the U.S. Capitol [Pressemitteilung]. U.S. Department of Justice. <https://www.justice.gov/usao-dc/pr/massachusetts-man-pleads-guilty-charges-related-attempt-assassinate-cabinet-member>

U.S. Department of State. (2026a, 16. Juli 2026). Secretary of State Marco Rubio with Secretary of the Treasury Scott Bessent, White House Deputy Chief of Staff and Homeland Security Advisor Stephen Miller, and Deputy Secretary of State Christopher Landau at the opening of the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism [Redemanuskript]. <https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/07/remarks-at-the-opening-of-the-ministerial-on-the-resurgence-of-political-terrorism/>

U.S. Department of State. (2026b, 16. Juli). Secretary Rubio delivers opening remarks at the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=8Kv_XUGS0qs

U.S. Department of State. (2026c, 20. Juli). Results from the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism [Transkript eines Pressebriefings]. <https://www.state.gov/briefings-foreign-press-centers/ministerial-on-resurgence-of-political-terrorism-results>

U.S. Department of State. (o. D.(a)). Gregory D. LoGerfo. Abgerufen am 10. Oktober 2026, von <https://www.state.gov/biographies/gregory-d-loggerfo>

U.S. Department of State. (o. D.(b)). The resurgence of political terrorism. <https://www.state.gov/the-resurgence-of-political-terrorismstate>

Wegweiser Media & Conferences GmbH. (o. D.). Dr. Christian Klos. <https://www.wehrhafte-demo-kratie.info/de/node/1117>